

Welt Trends

Institut für Internationale Politik

NORMAN PAECH

Territorialkonflikte in Ostasien



Welt  Trends
Potsdamer Wissenschaftsverlag
verlag@welttrends.de
shop.welttrends.de
www.welttrends.de

Territorialkonflikte in Ostasien

Meine geschichtliche Erfahrung sagt mir, dass wir uns – ich kann das nicht ausschließen – auf eine Tragödie zu bewegen. Es wird Blut fließen, mehr als das, viel Blut, das Leid der Menschen wird zunehmen, auch die Zahl der Flüchtlinge. Und noch etwas möchte ich nicht ausschließen: einen Krieg, der dann zum Weltkrieg werden würde – zwischen den USA und China.

Eric Hobsbawm, Interview mit Arno Luik, in: Der Stern, Nr. 20/2009.

Seit August 2021 ist die Fregatte *Bayern* in Ostasien, im Seegebiet zwischen dem Horn von Afrika, Australien und Japan unterwegs. Laut Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer sei der Einsatz der Bundeswehr notwendig, um Chinas Machtstreben einzudämmen.¹ Das brachte ihr zwar vom Fraktionsvorsitzenden der SPD, Rolf Mützenich, den Vorwurf eines „wilhelminischen Weltbilds“ ein, aber der Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Kay-Achim Schönbach, erklärte ganz im Regierungskonsens, die Fahrt der Fregatte *Bayern* solle unter anderem unterstreichen, dass Deutschland auf der Seite seiner internationalen Wertepartner für die Freiheit der Seewege und die Einhaltung des Völkerrechts in der Region eintrete.² Um diesen Auftrag zu erfüllen, ist Zielgebiet die große Seepassage zwischen dem westlichen Pazifik und dem Indischen Ozean, die die Chinesen „Südchinesisches Meer“, die Vietnamesen „Ostmeer“ nennen. Diese Art politischer Ermahnung, sich an die allgemeinen Regeln, sprich Interessen, zu halten, hat in Deutschland eine gewisse koloniale Tradition. Doch dieser Geschichte will ich hier nicht weiter nachgehen, sondern die völkerrechtlichen Fragen und Probleme behandeln, die sich aus der unruhigen Nachbarschaft der Staaten in dieser Region ergeben.

In diesem Europa fernen Seegebiet schwelt seit langer Zeit ein Territorialkonflikt, der immer bedrohlicher wird.³ Es liegt dort eine Anzahl kleiner Inseln, Felsen, Atolle und Riffs, die in zwei Gruppen unter den Namen Spratly-Inseln und Paracel-Archipel allein schon wegen des Streits unter den Anrainerstaaten dieses Seegebietes bekannt geworden sind. Die südlicheren Spratly-Inseln umfassen etwa 150 dieser Eilande und werden von der VR China, Vietnam, Taiwan, Malaysia, den Philippinen und Brunei ganz oder zum Teil beansprucht. Die insgesamt etwa 130 Erhebungen des Paracel-Archipels, davon 31 Inseln, werden von der VR China, Vietnam und Taiwan beansprucht. Seit dem Krieg um die Malvinen/Falklandinseln wissen wir, worum es bei diesen trostlosen Orten in rauer See geht. Es sind vor allem die reichen Fischbestände um sie herum und die zahlreichen Mineralien am Meeresgrund, von Manganknollen bis Phosphor.

1 <https://www.dw.com/de/akk-will-china-im-indopazifik-eindämmen/a-56846541>.

2 <https://www.presseportal.de/pm/67428/4980095>; German Foreign Policy, Die Indo-Pazifik-Strategie der EU, <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8706/>.^h

3 Vgl. Norman Paech: Kleine Inseln – großer Streit, in: Viet Nam Kurier 2/2014, S. 12-15.

Zudem werden enorme Mengen an Öl und Gas im Untergrund vermutet – nach chinesischen Angaben 105 Mrd. Barrel Öl und 25 Mrd. Kubikmeter Gas.

Allerdings sind es nicht allein diese reichen Rohstoffe, um die es hier geht, und die die VR China dazu bewogen hat, ihre Ansprüche vom Papier in die Realität umzusetzen, bisher unbewohnbare Atolle aufzuschütten und sich dort auch militärisch einzurichten. Es geht um die Kontrolle dieser wichtigen Seepassage, die derjenige hat, der über beide Inselgebiete verfügt. Als US-Präsident Obama entschied, 60 Prozent seiner Seestreitkräfte in den Pazifik zu entsenden, wusste jeder, dass es hier nicht um eine kulturelle oder ökonomische Offensive in Richtung China ging, sondern dass er auf die unbestreitbare militärische Vorherrschaft der USA setzte. Die Volksrepublik konterte mit dem Projekt „Neue Seidenstraße“. Seitdem wird China als die neue Herausforderung, gar der neue Feind aufgebaut. In der „Global Times“, englischsprachige Zeitung der Kommunistischen Partei Chinas, war zu lesen: „Die Chinesen wollen keinen Krieg, aber wir haben territoriale Streitigkeiten mit mehreren Nachbarländern, die von den USA angestiftet wurden, um gegen China vorzugehen. Einige dieser Länder glauben, dass die Unterstützung der USA ihnen eine strategische Chance bietet. [...] Sie glauben, dass China unter dem strategischen Druck nicht bereit oder in der Lage ist, mit ihnen einen militärischen Konflikt zu führen [...] In Anbetracht der Taiwan-Frage besteht das Risiko, dass das chinesische Festland in einen Krieg gezwungen wird.“⁴ Auch US-Präsident Biden spricht von der Möglichkeit eines „echten Krieges“.⁵ Die Aufforderung an Japan, stärker aufzurüsten und die Stationierung weiterer Soldaten in Australien sind nur Vorboten einer neuen geopolitischen Strategie, von der die VR China nicht ohne Grund annimmt, dass sie ihrer Eindämmung dient und sogar zum Krieg mit den USA führen kann. Da ist es nicht verwunderlich, dass die USA die territorialen Ansprüche ihres alten Feindes und neuen Verbündeten Vietnam gegen China unterstützen.

Die Spratly- und Paracel-Inseln

Schon 1988 hatte China das von Vietnam beanspruchte Johnson-South-Riff in den Spratly-Inseln besetzt und zuletzt 2012 das Scarborough-Atoll nach Auseinandersetzungen mit philippinischen Fischern. Als die Proteste der philippinischen Regierung nichts nutzten, reichte sie Klage beim Schiedsgericht in Den Haag ein, welches ihr 2016 zwar Recht gab,⁶ aber die Chinesen nicht zum Rückzug bewegen konnte. Der Streit zwischen der VR China und Vietnam eskalierte, als die Chinesen im Mai 2014 eine Bohrinself zu den Paracel-Inseln schickten, um mit Bohrungen nach Öl zu beginnen. Schon 2012 hatte Peking die Paracels und Spratlys unter die Verwaltungshoheit der Provinz Sansha gestellt

⁴ Vgl. China, USA: Peking droht Washington offen mit Krieg, <https://deutsche-wirtschaftsnachrichten.de/512389/Großer-Knall-kommt...>

⁵ Vgl. Biden warnt vor „echtem Krieg“ als Folge von Cyberangriffen, https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&ved=2ahUKEwjlmq2Ez4XzAhXKg_0HHSTyC40QFnoECAQQAQ&url=https%3A%2F%2Fwww.sueddeutsche.de%2Fpolitik%2Fusa-biden-cyber-china-russland-1.5365567&usq=AOvVaw044rXD0jpUgkLf-zB3ABAo.

⁶ Vgl. Günter Giesenfeld: Das Haager Urteil und die Reaktionen, in: Vietnam Kurier 2-4/2016, S. 2-6.

und die Insel Yingxing zur Verwaltungszentrale für die Inseln ausgebaut. Gleichzeitig hatte China Öl- und Gaskundungsrechte auf Gebieten ausgeschrieben, die Vietnam für sich reklamiert und über die es bereits mit russischen, amerikanischen und indischen Ölkonzernen verhandelte.⁷ Während die meisten Spratly-Inseln von Vietnam kontrolliert werden und China, Taiwan, die Philippinen, Malaysia und Brunei dort nur teilweise präsent sind, werden die Paracel-Inseln faktisch von der VR China besetzt.



Schematische Darstellung der Ansprüche der Anrainerstaaten. (Viet Nam Kurier 2/2014, S. 10.)

⁷ Vgl. Protest gegen „illegalen Akt“, Viet Nam Kurier 2/2012, S. 15ff.

So kompliziert und labil die Herrschaftsverhältnisse in der südchinesischen See sind, so kompliziert und unübersichtlich sind die Argumente, mit denen die wechselseitigen Souveränitätsansprüche begründet werden. Sie bestehen zumeist aus einer Mischung von historischen Erzählungen, Dokumenten, Landkarten und juristischen Argumenten aus dem internationalen Seerecht. Keine Partei akzeptiert die Argumente der anderen. Der einzige Weg, sie unparteiisch durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag oder ein internationales Schiedsgericht klären zu lassen, wird von den Chinesen streng abgelehnt und ist bisher nur von den Philippinen gegangen worden. Es bestände noch die Möglichkeit, sich bilateral vertraglich zu einigen, doch werden diesem Weg derzeit kaum Chancen eingeräumt.

Der Streit zwischen Vietnam und der VR China über den Paracel-Archipel geht bis auf die Anfänge der französischen Kolonialinvasion in Indochina 1883-84 zurück, als Annam und Tonkin Protektorate Frankreichs wurden. Damals schon protestierte China gegen Aktivitäten einer deutschen Militärabordnung zur Vermessung der Paracel-Region und meldete Souveränitätsansprüche an. Frankreich wiederum berief sich im Dezember 1931 auf seine Souveränitätsansprüche und protestierte gegen die Aktivitäten der Chinesen auf dem Gebiet. 1938 besetzten französische Truppen den Archipel, wurden aber schon ein Jahr später von den Japanern vertrieben mit dem überraschenden Argument, es handele sich um chinesisches Territorium. Im Friedensvertrag mit Japan von 1951 wurden die Souveränitätsansprüche über die Inseln nicht behandelt. Die Chinesen waren bei der Konferenz nicht anwesend, der Vertreter Vietnams aber beharrte auf den vietnamesischen Ansprüchen.

Für ein Schieds- oder Gerichtsverfahren wichtig könnten Erklärungen werden, die die Demokratische Republik Vietnam (DRV), das damalige Nordvietnam, in den folgenden Jahren gegenüber chinesischen Repräsentanten abgegeben hat. So erklärte der stellvertretende Außenminister der DRV am 15. Juni 1956 gegenüber dem chinesischen Chargé d'affaires, dass beide Inselgruppen auf Grund historischer Beweise Teil des chinesischen Territoriums seien.⁸ Am 4. September 1958 veröffentlichte die chinesische Regierung eine „Erklärung über Chinas Seeterritorien“, in der die Paracel (Xisha) und Spratly (Nansha) Inseln ausdrücklich erwähnt werden. Der Premierminister der DRV sandte am 14. September 1958 eine diplomatische Note an seinen chinesischen Kollegen, in der er die Erklärung vorbehaltlos akzeptierte und versprach, seine Behörden zu instruieren, die Erklärung „skrupulös“ einzuhalten.⁹ Schließlich äußerte sich die Regierung der DRV am 9. Mai 1965 zu dem Kampfgebiet der US-amerikanischen Truppen vor der Küste und betonte, dass es an die territorialen Gewässer Chinas stoße, zu denen auch die Paracels gehörten. Im Januar 1974 besetzten chinesische Streitkräfte den westlichen Teil der Paracels, der zuvor noch von einer kleinen Garnison der Saigon-Regierung gehalten wurde.

Von vietnamesischer Seite wird die Reichweite der diplomatischen Note des

⁸ Vgl. Monique Chemillier-Gendreau: Sovereignty over the Paracel and Spratly Islands, Alphen aan den Rijn: Kluwer Law International 2000, S. 128.

⁹ Ebenda, S. 129.

Ministerpräsidenten der DRV vom 14. September 1958 bestritten.¹⁰ Sie habe sich ausschließlich auf die 12-Seemeilen-Zone Chinas bezogen. Zudem habe „das Genfer Abkommen von 1954, bei dem Vietnam provisorisch in zwei Gebiete aufgeteilt wurde, das Recht der administrativen Verwaltung der beiden Inselgruppen, die beide südlich des 17. Breitengrads liegen, der südvietnamesischen Regierung zugeschrieben, deren Staatsgebiet südlich des 17. Breitengrads lag“. Außerdem habe der damalige Ministerpräsident der DRV (Nordvietnam) „weder die Legitimation noch die Absicht (gehabt), irgendeine Erklärung zur Souveränität der beiden Inselgruppen abzugeben, die ja zu der Zeit zur Republik Vietnam (Südvietnam) gehörten. Seine Erklärung bezog sich ausschließlich auf die 12-Seemeilen-Zone, die Zhou En-Lai in seiner Erklärung als Hoheitsgewässer für China beansprucht hatte.“¹¹

Im Januar 2007 brach der Streit wieder auf, als die vietnamesische Regierung, ungeachtet der Noten aus den 1950er Jahren, Protest gegen die Markierung der seerechtlichen Basislinien der Territorialgewässer des Paracel-Archipels einlegte. China widersprach sofort und verwies auf seine unbestreitbaren Souveränitätsrechte.¹² Damit hatten sich die Hoffnungen auf eine diplomatisch vertragliche Lösung der Streitfragen zerstört, die durch das sog. Tonkin Bucht Abkommen vom 25. Dezember 2005¹³ genährt worden waren. Es war überhaupt der erste Seegrenzvertrag, den die Volksrepublik China mit einem anderen Staat abgeschlossen hat.

Der Schiedsspruch

Der Schiedsspruch des Ständigen Schiedsgerichts der Vereinten Nationen in Den Haag vom 12. Juli 2016 klärte zumindest die rechtlichen Fragen des Streits um das Scarborough-Atoll, das außerhalb der beiden Inselgruppen liegt. Auf der Basis des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen von 1982 (UNCLOS) wies das Schiedsgericht die Souveränitätsansprüche Chinas, die es aus seiner historischen „Linie in neun Strichen“ über den größten Teil des Südchinesischen Meeres (auch „Ochsenszunge“ genannt) erstreckte, zurück und sprach den Philippinen das Recht zu, in den Grenzen ihrer ausschließlichen Wirtschaftszone und des Kontinentalschelfs zu operieren.¹⁴ An diesen Grenzen enden nach dem Seerechtsabkommen die Souveränitätsansprüche von Nachbarstaaten. China durfte die philippinischen Fischer von dort nicht vertreiben und die Ölförderungsarbeiten nicht behindern. Auch seien die meisten Inseln und Atolle der Spratlys zu klein und ragten kaum über die Wasseroberfläche, als dass aus

¹⁰ Vgl. Ta Van Thai: Vietnamesische Stellungnahme zu Pham Van Dongs Brief an Zhou En- Lai aus dem Jahr 1958, in: Viet Nam Kurier 2/2014, S. 15-19.

¹¹ Ebenda, S. 15f.

¹² Vgl. Michael Strupp: Paracel Archipelago, in: Max Planck Encyclopedia of Public International Law, 2008.

¹³ Vgl. Agreement on the Delimitation of the Territorial Seas, Exclusive Zones and Continental Shelves in the Beibu Gulf between People's Republic of China and the Socialist Republic of Vietnam.

¹⁴ Vgl. Günter Giesenfeld, a.a.O.; Thanh Le, Vietnam Lawyers Association: South Sea arbitration case: The Hague ruled in favor of the Philippines, in: IADL news bulletin, 2016.

ihnen eine spezielle ökonomische Einflusszone und die Zugehörigkeit zum eigenen Staatsgebiet abgeleitet werden könne. Schließlich wurde China für schuldig befunden, durch das Aufschütten der Inseln und das Zubetonieren von Riffen die maritime Umwelt schwer geschädigt und seine Verpflichtung vernachlässigt zu haben, „fragile Ökosysteme sowie vom Aussterben bedrohte Pflanzen und Tiere zu erhalten und zu beschützen“. Die Philippinen hatten auf der ganzen Linie gewonnen.

Es gab jedoch zwei entscheidende Kontroversen, die den Erfolg des Schiedsspruchs in Frage stellen. Erstens hat die chinesische Regierung von Anfang an das Verfahren in Den Haag abgelehnt und sich an ihm nicht beteiligt. Das war insofern inkonsequent, als China zu den Unterzeichnerstaaten des Seerechtsübereinkommens gehört und es auch ratifiziert hat. Es ist also an alle Entscheidungen gebunden, die aus einem Verfahren gemäß dem Übereinkommen resultieren. Das Schiedsverfahren vor dem Ständigen Schiedsgericht in Den Haag war ein solches Verfahren und hat sich innerhalb der im Übereinkommen gezogenen Grenzen bewegt. Die chinesische Regierung hatte jede Möglichkeit, ihre Argumente vorzubringen.

Zweitens hatte China von vornherein angekündigt, den Schiedsspruch nicht anzuerkennen und ihn auch nicht zu befolgen. Wie die spätere Einschaltung von Medien nach dem Schiedsspruch und ihre permanente Auseinandersetzung mit der Entscheidung aber zeigt, wollte es die chinesische Regierung unbedingt vermeiden, in denselben schlechten Ruf zu geraten, wie die USA nach ihrer Ablehnung der berühmten Nikaragua-Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs von 1986, mit der er die USA der Völkerrechtsverletzung in elf Fällen für schuldig befunden hatte. Der Verlust der Reputation als Staat, der das Völkerrecht achtet, war der Regierung erkennbar unangenehm. Sie bemühte sich in der Folgezeit, die gespannten Beziehungen nicht durch provokative Aktionen weiter zu belasten. Für Vietnam jedoch hat der Schiedsspruch unverhoffte Bedeutung, da er, obwohl juristisch nur zwischen den streitenden Parteien VR China und den Philippinen gültig, die eigene Position gegenüber China bestätigt und stärkt.

Die Senkaku-Inseln

Auch die Senkaku-Inseln – chinesisch Diaoyu – sind territorial umstritten, hier zwischen Japan, der VR China und Taiwan. Die Inseln werden aktuell von der Stadt Ishigaki in der Präfektur Okinawa verwaltet. Sie liegen ca. 170 km nördlich der Insel Ishigaki und ca. 150 km nördlich der Insel Yonaguni und zählen kaum mehr als 220 Bewohner. Die Entfernung zu Taiwan beträgt ca. 170 km und zu China ca. 330 km. Allerdings, erst als durch Untersuchungen einer Behörde der Vereinten Nationen die Möglichkeit der Existenz reicher Erdölvorkommen bekannt wurde, begannen die Regierung der VR China und die Behörden von Taiwan territoriale Ansprüche auf die Inseln zu formulieren. Japans Ansprüche¹⁵ gehen

¹⁵ Vgl. Ministry of Foreign Affairs of Japan: Fragen und Antworten zu den Senkaku-Inseln, Antwort A2, Wikipedia.

auf das Jahr 1885 zurück, als die japanische Regierung eingehende Untersuchungen auf den Inseln vornahm und feststellte, dass sie unbewohnt waren und es keinerlei Anzeichen einer chinesischen Präsenz auf den Inseln gab. Danach beschloss die japanische Regierung am 14. Januar 1895, auf den Inseln Markierungen aufzustellen und sie offiziell in das Territorium Japans einzugliedern. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen die Inseln gemäß Artikel 3 des Friedensvertrages von San Francisco unter US-amerikanische Verwaltung. Mit dem Okinawa-Rückgabevertrag von 1972 wurde auch die Besatzung der Senkaku-Inseln aufgehoben und wieder unter japanische Hoheit gestellt. Seitdem bilden sie faktisch einen Teil des japanischen Territoriums.

Die chinesische Regierung bestreitet die historischen Ansprüche Japans und behauptet, die Inseln seien Ende des 19. Jahrhunderts kein Niemandsland (terra nullius) gewesen. Sie seien schon seit alter Zeit fester Bestandteil des Territoriums Chinas gewesen und von chinesischen Staatsangehörigen lange vor allen anderen bereits während der Ming-Dynastie entdeckt, benannt und genutzt worden. Japan habe seinerzeit die Erklärungen von Kairo 1943 und Potsdam 1945 anerkannt. Mit ihnen seien Taiwan und die dazugehörigen Senkaku-Inseln an China zurückgegeben worden. Die Inseln seien auch nie unter die Verwaltung der USA gestellt worden. Als diese die Verwaltung über Okinawa 1971 an Japan zurückgaben, was die Senkaku-Inseln mit einschloss, hätten sie das einseitig vorgenommen. Die Regierung der VR China habe niemals die Inseln als Territorium Japans anerkannt.¹⁶

Der Streit hat bisher kein Forum vor einem internationalen Gericht bekommen, welches die Volksrepublik auch ablehnt. Da Japan nicht auf seine tatsächliche Oberhoheit über die Inseln verzichtet, wird dieser Streit als einer der zahlreichen kleineren „frozen conflicts“ in der Region immer wieder für Spannungen sorgen, aber zwischen rational handelnden Regierungen auf beiden Seiten kaum zu einer größeren militärischen Auseinandersetzung führen.

Taiwan

Von höherer Brisanz und gefährlicherem Potential ist der Streit zwischen der VR China und Taiwan über dessen Unabhängigkeit und Souveränität, die die Volksrepublik bestreitet und die Insel als staatsrechtlichen Teil des Festlandes betrachtet.¹⁷ Historischer Ausgangspunkt des Streits ist der Vertrag von Shimonoseki vom 8. Mai 1895, als Taiwan (Formosa) und die Pescadore-Inseln von der Qing-Dynastie (1644 -1911, auch als Mandschu-Dynastie bekannt), an das Kaiserreich Japan abgetreten wurden. Als die Japaner jedoch am 7. Juli 1937 in China einfielen und der Zweite japanisch-chinesische Krieg begann, erklärte die Regierung der Republik China den Vertrag für ungültig, den sie ohnehin als „ungleichen Vertrag“ nicht akzeptiert hatte. Mit dem Eintritt der Vereinigten

¹⁶ Vgl. Ministry of Foreign Affairs..., Fragen F6 u. F12.

¹⁷ Vgl. zu den folgenden Ausführungen, Wikipedia, Rechtlicher Status Taiwans; Thomas Weyrauch: Völkerrechtliche Betrachtungen zur Existenz der Republik China. Analysen, Bewertungen und Empfehlungen, Gießen: Longtai Verlag 2014.

Staaten in den Krieg im Dezember 1941 verstärkte sich die Front gegen Japan. Sie einigten sich auf der Konferenz von Kairo im November 1943 mit dem Vereinigten Königreich und der Republik China von Tschiang Kaischek, dass „alle Territorien, die Japan gestohlen hat, wie die Mandschurei, Formosa und die Pescadoreen an die Republik China wieder zurückgegeben werden sollen“.¹⁸ Dies akzeptierte Japan in seiner bedingungslosen Kapitulation 1945 auf der Basis der Bedingungen der Potsdamer Erklärung. Die Kapitulationserklärung enthielt zwar die Aufgabe der Souveränität Taiwans, nicht aber die formale Übertragung an die Republik China. Die USA waren immer noch Besatzungsmacht, hatten aber die Administration an die Regierung der Republik übergeben.

Mit dem Sieg der Revolution auf dem Festland und der Proklamation der kommunistischen Volksrepublik China durch Mao Zedong am 1. Oktober 1949 änderte sich die Haltung der USA. Der neue US-Präsident Harry S. Truman war ein überzeugter Antikommunist im Weißen Haus, und der Kalte Krieg erstreckte seine Ausläufer bis in den Pazifik. Der Korea-Krieg ließ bei Truman den Plan aufkommen, Formosa/Taiwan zu „neutralisieren“, d.h. den territorialen Status offen zu halten. Der Plan fand Eingang in den Friedensvertrag von San Francisco, der am 28. April 1952 in Kraft trat.¹⁹ Mit ihm gab Japan zwar alle seine rechtlichen Titel und Ansprüche auf Korea, Formosa/Taiwan und die Pescadoreen, die Kurilen, Sachalin und die Spratly-Inseln auf, ohne dass jedoch die Frage der zukünftigen Souveränität der Inseln geklärt wurde. Dies war einer der Gründe, weshalb die Sowjetunion den Vertrag nicht unterschrieb. Weder die am 1. Oktober 1949 proklamierte Volksrepublik noch die nach Taiwan geflohenen Repräsentanten der alten Republik China waren zu dem Friedensvertrag eingeladen worden. Einen Tag, nachdem der Vertrag von San Francisco in Kraft trat, wurde in Taipeh mit den dorthin geflüchteten Vertretern der Republik China ein weiterer Friedensvertrag geschlossen, der in den Grundzügen mit dem Vertrag von San Francisco übereinstimmte. Er hob alle vorhergehenden Verträge zwischen der Republik China und Japan auf, auch den Shimonoseki-Vertrag. Peking erklärte den Vertrag sofort für ungültig. Mit der VR China wurde erst 1978 ein Friedensvertrag abgeschlossen.

Für das US-State Department ist die Souveränität Taiwans bzw. der Republik China immer noch eine offene Frage. Bis 1971 war die Republik, 1945 Gründungsmitglied der Vereinten Nationen in San Francisco, Mitglied der UNO. Dann wurde die Mitgliedschaft durch die Resolution 2758 der UN-Generalversammlung vom 25. Oktober 1971 auf die VR China übertragen. Die meisten Staaten brachen die diplomatischen Beziehungen zur Republik ab und errichteten ihre Botschaften in Peking. Derzeit haben noch 14 Staaten und der Heilige Stuhl diplomatische Vertretungen in Taipeh. Das hat nichts mit der Frage zu tun, ob Taiwan überhaupt ein Staat ist. Da die Insel über alle drei anerkannten Kriterien für einen Staat verfügt: ein umgrenztes Territorium, ein Volk und eine Regierung, die in der Lage ist, internationale Verträge abzuschließen, steht die Qualität als Staat außer Frage.

¹⁸ Vgl. Thomas Weyrauch, a.a.O., S. 64f., dort auch der Wortlaut der Potsdamer Erklärung.

¹⁹ Vgl. Ebenda, S. 21ff.

Die Autonomie- und Unabhängigkeitsbewegung für Taiwan beruft sich in dieser ungeklärten Lage auf das Selbstbestimmungsrecht des chinesischen Volkes auf Taiwan.²⁰ Als selbständiges Mitglied der Vereinten Nationen war die Regierung der Republik zur Verwirklichung dieses Rechts verpflichtet, welches auch durch den Ausschluss aus der UNO nicht untergegangen ist.

Für die VR China ist Taiwan eine abtrünnige Provinz, die sich nach der Gründung der Volksrepublik abgespalten hat. Der Nationale Volkskongress verabschiedete am 14. März 2005 das sog. Anti-Abspaltungsgesetz, in dem es militärische Konsequenzen androhte, wenn sich Taiwan formal für unabhängig erklärte. Die Rückübertragung Taiwans an die Republik China und deren Wiederherstellung der Souveränität in der Erklärung von Kairo 1943 hatte Japan mit seiner bedingungslosen Kapitulation anerkannt. Am 25. Oktober 1945 hatte die Republik China die Souveränität über Taiwan übernommen, ihr wurde seinerzeit von niemand widersprochen. Die VR China ist mit ihrer Gründung rechtmäßiger Nachfolgestaat der Republik geworden, wie es Res. 2758 der UN-Generalversammlung bestätigt hat. Daher wurde das von Japan übergebene Taiwan wieder rechtlicher Teil des chinesischen Territoriums unter der Administration der Volksrepublik.

Auch diese nach wie vor äußerst kontroverse Konstellation könnte mit autoritativer Kraft nur vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag gelöst werden. Solange das nicht geschieht, hängt der Konflikt in der Luft mit allen Unwägbarkeiten spontaner und unvorhersehbarer Reaktionen der einen oder anderen Seite. Zur Beruhigung des Volkskongresses der VR hatte Präsident Chen Shuibian (2000-2008 Präsident der „Republik China auf Taiwan“) eine „Erklärung der fünf Neins“ abgegeben. In ihnen versprach er, nicht die Unabhängigkeit Taiwans zu erklären, nicht den Namen zu ändern, keinen Artikel in die Verfassung zu nehmen, der die Beziehungen zur VR als „internationale Beziehungen“ bezeichnet, kein Referendum über den Status der Unabhängigkeit oder Wiedervereinigung durchzuführen und die taiwanesischen Richtlinien für die „nationale Wiedervereinigung“ nicht zu ändern. Für den Frieden in der Region ist es entscheidend, ob diese Zeichen der Zurückhaltung auch in der Zukunft für die nachfolgenden Regierungen gelten.

Hamburg, 19. September 2021

(Dr. Norman Paech, emeritierter Professor für Politikwissenschaft und Öffentliches Recht, Universität Hamburg.)

²⁰ Vgl. Ebenda, S. 33, 70ff.